



### Achtung: Sperrfrist Redebeginn

**Es gilt das gesprochene Wort!**

### **Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil beim Epiphanias-Empfang der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover am 6. Januar 2016**

Anrede,

zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zum Epiphanias-Empfang, der ich ebenso wie alle anderen Anwesenden sehr gerne gefolgt bin. Dieser Empfang hat seinen eigenen Rang im Jahreskalender der niedersächsischen Landespolitik und steht stellvertretend für die große Bedeutung, die die evangelisch-lutherische Kirche in unserem Land unverändert hat.

Es gehört gewissermaßen zum guten Ton des Epiphanias-Empfangs, sich bei dieser Gelegenheit gegenseitig der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat zu versichern. Vielleicht hatten wir aber schon viele Jahrzehnte lang nicht mehr so gute Gründe dafür, die Bedeutung unserer Zusammenarbeit hervorzuheben. Das liegt an der hohen Aktualität und der tiefen Ernsthaftigkeit der Fragen, die uns derzeit gemeinsam bewegen.

Ich bin sicher, das Jahr 2015 wird uns allen in Erinnerung bleiben, vor allem sein letztes Drittel. Vor genau einem Jahr habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, die Flüchtlingszahlen in Niedersachsen hätten sich in zwei Jahren verdreifacht. Nun, innerhalb des letzten Jahres haben sie sich noch einmal verfünffacht. Mehr als 100.000 Menschen sind zu uns gekommen, die meisten von ihnen seit September. Und niemand von uns weiß, wann diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

Die damit verbundene Herausforderung ist weit mehr als eine Aufgabe des politischen Managements. Wir alle spüren, dass derzeit Grundsatzfragen auf Antworten warten, dass alte Gewissheiten ins Wanken geraten sind, dass wir miteinander vor einer Weichenstellung für die weitere Entwicklung stehen. Wie können wir Einfluss nehmen auf eine globale Entwicklung, von der auch die Stabilität unserer eigenen Gesellschaft abhängt? Was wird aus Europa? Wie bewahren wir uns eine offene, vor allem eine weltoffene und mitfühlende Gesellschaft in Deutschland und auch in Niedersachsen?

Die Antworten auf diese Fragen fallen uns nicht leicht. Wie sie ausfallen, ist nicht zuletzt abhängig von den Werten, denen wir uns verpflichtet fühlen. Nach vielen, durchweg guten

Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---

Erfahrungen, die ich gerade in den vergangenen Monaten gemacht habe, stelle ich voller Dankbarkeit fest, dass bei aller gegenseitigen Unabhängigkeit Staat und Gesellschaft, vor allem auch Staat und Kirche in unserem Land ein sicheres gemeinsames Fundament haben, von dem aus wir gemeinsam agieren. Auf ihre Weise bringt übrigens die diesjährige Jahreslosung einen wichtigen Teil dieser Gemeinsamkeit zum Ausdruck: „Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“

So würde gewiss kein staatlicher Repräsentant sprechen, aber den Kern dieses Wortes mache ich mir ausdrücklich zu eigen. Dass wir uns nämlich nicht in erster Linie von den großen Zahlen in den Statistiken, von den großen Gruppen in den Fernsehbildern beeindruckt und auch ängstigen lassen. Sondern dass es am Ende immer um einzelne Menschen geht, die in Not sind und denen wir helfen wollen, so gut wir eben können.

Unser Grundgesetz fühlt sich der Würde jedes einzelnen Menschen verpflichtet, das ist die Leitmaxime unseres Staates. In dieser Sichtweise fühlen wir uns der christlichen Botschaft gerade unter den aktuellen Bedingungen tief verbunden.

Diese abstrakten Erwägungen können durch eine Vielzahl praktischer Beispiele aus Niedersachsen in den vergangenen Monaten unterlegt werden. Ich bin in vielen Flüchtlingsunterkünften gewesen und war sehr oft tief beeindruckt von der ganz selbstverständlichen Mitmenschlichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger, die dort geholfen haben. Darunter habe ich auffallend viele Menschen kennengelernt, die praktizierende Christen sind. Ich kenne herausragende Beispiele von Gemeinden, die Flüchtlingshilfe in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt haben. Vor diesem Hintergrund möchte ich gerne die Gelegenheit nutzen und mich im Namen des Landes Niedersachsen sehr herzlich bedanken für die Welle der Hilfsbereitschaft, die es gerade auch aus den Reihen der christlichen Kirchen in den vergangenen Monaten gegeben hat. Diese Erfahrungen machen mich auch zuversichtlich, wenn es um die Herausforderungen geht, vor denen wir jetzt stehen.

Unsere gemeinsamen Überlegungen müssen dabei weit über die norddeutsche Tiefebene hinausreichen. „Weltinnenpolitik“, das ist ein schillernder Begriff, der aber im vergangenen Jahr auf einmal sehr konkret geworden ist. Dass die Fluchtbewegungen aus dem mittleren Osten unter anderem auch damit zu tun haben, dass die Lebensmittelrationen in den Flüchtlingslagern mehr als halbiert werden mussten, hat sich inzwischen herumgesprochen. Warum? Weil durchaus wohlhabende Staaten ihre Zahlungen massiv reduziert haben. Dass ist nun wirklich einmal ein Vorgang, für den das Prädikat Skandal angemessen ist. Wir haben in diesem Jahr lernen müssen, dass es eben nicht Almosen sind, die wir an „Brot für die Welt“ oder andere karitative Organisationen geben, sondern dass es sich dabei auch um Beiträge für die Stabilität unseres eigenen Landes handelt.

Die globale Perspektive greift viel zu weit, als dass sie in unserem Rahmen hier angemessen behandelt werden könnte. Unerwähnt wollte ich sie aber auch nicht lassen, denn ich bin mir ganz sicher: Wenn wir aus dem Jahr 2015 die richtigen Lehren ziehen wollen, dann muss die nachhaltige Entwicklung in anderen Teilen der Welt für uns einen ganz anderen Stellenwert bekommen als bislang.

Was wird aus Europa? Ebenfalls eine Frage, die wir in dieser Weise vor einem Jahr uns nicht

Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---

gestellt haben. Inzwischen sind die Zentrifugalkräfte enorm, die an dem gemeinsamen europäischen Haus rütteln. Die Diskussion um Griechenland hat das gezeigt, erst recht die gänzlich unterschiedlichen Antworten, die in Europa auf die Flüchtlingsnot gegeben werden. Das Fundament des gemeinsamen europäischen Hauses, die uns in Europa verbindenden Werte, bröckelt bedenklich. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Der ungarische Ministerpräsident Orbán begründet seine Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, mit deren islamischem Glauben und bezieht sich dabei auf die christliche Tradition seines Landes. Mit dieser Begründung Menschen in Not die Zuflucht zu verweigern, widerspricht sicher fundamental dem christlichen Verständnis der allermeisten von uns.

Bei aller Kritik und gelegentlich auch bei allem Unverständnis, das wir bezogen auf die Haltung anderer europäischer Partner zur Flüchtlingsnot haben, empfiehlt sich aber auch ein selbstkritischer Blick. Im vergangenen Jahr haben wir Abschied von Helmut Schmidt nehmen müssen, einer überragenden Persönlichkeit unserer Nachkriegsgeschichte, aber auch ein unbestritten großer europäischer Politiker. Helmut Schmidt hat bis zuletzt immer wieder gewarnt, die starke Rolle Deutschlands in Europa allzu sehr zu betonen, er hat dazu gemahnt, die Interessen anderer europäischer Partner mit zu berücksichtigen. Die stellenweise offene Häme, mit der in Europa auf die sog. „Deutsche Einladung“ reagiert wird, gibt Veranlassung, daraus für die Zukunft die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

In Wahrheit gibt es keine Alternative zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen. Bei aller seiner Stärke, ist Deutschland damit überfordert, mehr oder weniger allein den Menschen Zuflucht zu bieten, die nach Europa kommen. Bundespräsident Joachim Gauck hatte recht, als er am Tag der Deutschen Einheit formulierte: „Wir wollen helfen. Unsere Herzen sind weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, eine Sicherung der EU-Außengrenzen in Verbindung mit dem Aufbau von Unterkünften entlang der Flüchtlingsrouten, die großzügige Aufnahme von Menschen in Not über Kontingente – das ist in Umrissen der Weg, der im Jahr 2016 notwendig ist.

Auch wenn es gelingen sollte, in den nächsten Monaten Schritt für Schritt eine verantwortungsbewusste Antwort auf die internationale Flüchtlingsnot zu etablieren, werden die Aufgaben bei uns in Niedersachsen sehr groß bleiben. In den vergangenen Monaten hat uns nur der allererste Schritt in Atem gehalten, denn mehr ist die Notaufnahme von Menschen unter sehr bescheidenen Bedingungen eigentlich nicht. Die vor uns liegenden Aufgaben sind demgegenüber noch um einiges anspruchsvoller.

Da ist der Wohnungsbau zu nennen. Nicht nur wegen der Flüchtlinge, sondern vor allem auch wegen des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft, haben wir es hier im wahrsten Sinne des Wortes mit einer neuen großen Baustelle zu tun. Die massenweise Unterbringung in großen Lagern darf ebenso wenig die Perspektive sein wie ein Konkurrenzkampf der Ärmern unserer Gesellschaft mit den neu Dazugekommenen auf dem Wohnungsmarkt.

Der Arbeitsmarkt ist zu nennen. Die allermeisten Flüchtlinge, die zu uns kommen, wollen schlichtweg noch einmal etwas aus ihrem Leben machen. Und sie wollen arbeiten, sie wollen

Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---

ihre Familien ernähren. Ihnen die Möglichkeit dazu zu geben, entspricht wiederum dem ureigensten Interesse unserer Gesellschaft. In vielen, vielen Fällen haben wir die Wahl, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass aus Flüchtlingen einmal Leistungsträger werden, die zum wirtschaftlichen Wohlstand ebenso beitragen wie zu den sozialen Sicherungssystemen. Die Alternative sind Leistungsempfängerinnen und -empfänger, die für viele Jahre von öffentlicher Unterstützung abhängig bleiben werden. Wiederholen wir nicht den Fehler der 90-er Jahre, als man meinte, Asylbewerberinnen und -bewerber würden über kurz oder lang schon wieder unser Land verlassen. So ist es nicht gekommen und so wird es auch dieses Mal vielfach eben nicht kommen.

Ich nenne unser Bildungssystem. Dass Sprache und Bildung die beste Grundlage dafür sind, in einer neuen Heimat anzukommen und dort den eigenen Platz zu finden, ist eine Binsenweisheit. Und auch dies ist im ureigensten Interesse unserer Gesellschaft. Wer Parallelgesellschaften vorbeugen will, muss ein maximales Interesse daran haben, dass Kinder und Jugendliche von Anfang an eine Chance haben in unserem Bildungssystem.

Damit sind umgekehrt auch Erwartungen verbunden, das ist klar. Die Beachtung und Akzeptanz unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und der Regeln, die sich bei aller politischen, religiösen oder kulturellen Neutralität des Grundgesetzes aus unserer Verfassung ergeben, muss Grundlage des Integrationsprozesses sein. An dieser Stelle gibt es kein Vertun. Gerade eine liberale und weltoffene Gesellschaft braucht einen starken Staat, der das sicherstellt. Aktuelle Vorgänge aus der Silvesternacht geben leider Veranlassung, darauf hinzuweisen. Aber auch der Staat ist umgekehrt auf Unterstützung aus der Gesellschaft angewiesen.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang eine Randnotiz gestatten: Ich bin der evangelischen Kirche in Niedersachsen sehr dankbar dafür, wie konstruktiv sie das Vorhaben begleitet, einen Vertrag des Landes mit den großen muslimischen Glaubensgemeinschaften zu schließen. Wie wir alle wissen, gibt es auch dagegen Bedenken und Skepsis. Lassen Sie mich dazu aber nur einen Hinweis geben: Ich bin sehr sicher, es ist in unser aller Sinne, die aufgeklärten, sich positiv und offen unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung zuwendenden Teile des Islam in Niedersachsen zu stärken. Wir wissen nämlich alle, dass es auch andere Kräfte gibt, denen wir gemeinsam entschlossen entgegentreten müssen.

Dieses Beispiel leitet über zu dem letzten Gedanken, der mir am Anfang des Jahres 2016 wichtig ist. Unser Staat steht vor großen Aufgaben, er steht auch auf dem Prüfstand. Es ist kein Geheimnis, dass Sorgen und Ängste größer geworden sind, dass Rechtsextreme ihre Chance wittern und Ausländerfeindlichkeit propagieren. Dass der Staat energisch, durchdacht und effizient seine Aufgaben anpackt und erfüllt, ist wichtig, um Vertrauen zu festigen. Gerade eine liberale und weltoffene Gesellschaft braucht einen starken Staat, wenn sie ihren Charakter bewahren will.

Der Staat alleine wird aber ganz gewiss nicht die vor uns liegenden Herausforderungen meistern können. Das Jahr 2015 hat uns in beispielloser Weise gelehrt, wie wichtig das breite zivilgesellschaftliche Engagement in unserem Land ist. Wir könnten sehr froh darüber sein, dass es über unterschiedliche Grenzen hinweg einen breiten Konsens der Demokraten in unserem Land gibt, dass Mitmenschlichkeit und Mitgefühl in unserem Land Teil eines

Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---

gemeinsamen Menschenbildes sind. Bei dem, was vor uns liegt, werden wir auf dieses gemeinsame Fundament alle miteinander angewiesen sein.

In Niedersachsen wollen wir diesen Grundkonsens pflegen und zum Ausgangspunkt für unser weiteres Vorgehen nehmen. Ich bin den beiden großen christlichen Kirchen, den Unternehmerverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund sehr dankbar dafür, gemeinsam mit der Landesregierung das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ins Leben gerufen zu haben. Inzwischen sind auch die Kommunalen Spitzenverbände und viele andere gesellschaftliche Institutionen Teil dieses Bündnisses geworden.

Wir wollen eine gemeinsame Haltung zeigen und bewahren: Für Mitmenschlichkeit und Integration, gegen Ausgrenzung. Wir wollen aber auch die notwendigen weiteren Schritte für den schwierigen Prozess der Integration miteinander abstimmen, denn Erfolg werden wir ganz am Ende nur gemeinsam haben.

Mir ist dieses Vorgehen sehr wichtig und ich möchte mich stellvertretend für alle anderen Partner bei unserem heutigen Gastgeber herzlich für die Bereitschaft zum Mitmachen bedanken. Ich freue mich auch auf diesen Teil unserer Zusammenarbeit – ich halte sie für außerordentlich wichtig.

Wir dürfen alle gespannt sein, was das Jahr 2016 bringen mag. Wir alle sind aber nicht nur Zuschauer, wir sind alle auch Akteure. Viele Weichen werden gestellt werden – so oder so. Die Risiken sind unübersehbar, die Chancen aber auch ausgesprochen groß. Wenn es uns gelingt, auf der Basis gemeinsamer Werte zu zeigen, wie wir in Niedersachsen und in Deutschland auch große Herausforderungen meistern können, tun wir Gutes für unsere Gesellschaft und vielleicht auch weit darüber hinaus.

Es ist ein hartes Stück Arbeit, das vor uns liegt, aber wir können uns mit Zuversicht an diese Arbeit machen. Wir sind nicht alleine, wir haben starke Partner, die mitarbeiten. Bewahren wir uns diese Gemeinsamkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de
--	---	---